20 PFENNIG

NR. 16 FREIHEITLICH★SOZIALISTISCHE ZEITUNG FÜR KÖLN

HEINZELPRESS

INHALT:

tod in heilanstalt

schwule gemeinsam

fall tolusch

lip für alle

UND VIELES MEHR

ARBEIT macht FREI!

mittelalter in brauweiler

BERICHT AUS EINEM IRRENHAUS

Der zur Zeit seiner Einlieferung zwanzigjährige Z., den Bekannte als psychisch etwas labil bezeichnen, versuchte nach einer Eifersuchtsszene in der Wohnung seiner Freundin, aus dem Fenster zu springen, woran ihn jedoch einige Anwesende hinderten. Daraufhin stürzte er sich die Treppe hinab und erlitt dabei verschiedene schwere Verletzungen. Seine Freunde hatten inzwischen die Polizei alarmiert, die sofort erschien und ihn abholte. Sie versicherte, er würde in die Universitätsklinik Lindenburg eingeliefert; die Lindenburg jedoch lehnte seine Aufnahme ab, weil sie eine Erklärung für den versuchten Selbstmord haben wollte und ihn, da eine vernunftgemäße Erklärung fehlte, für geisteskrank erklärte. Eine psychiatrische Untersuchung fand nicht statt, auch seine Wunden blieben vorerst unbehandelt. Die verantwortlichen Stellen wiesen ihn in die Heilanstalt Brauweiler ein, und obwohl den Angehörigen ausdrücklich erklärt wurde, die Einweisung geschähe nur vorübergehend zur Untersuchung, außerdem in die Abteilung für Allgemeinmedizin, nicht in die Nervenklinik selbst, wurde Z. nichtsdestoweniger sofort in die psychiatrische Abteilung eingewiesen und von Anfang an als ständiger Insaße registriert.

HEILANSTALT

Später berichtete Z. über seine Behandlung in der "Heil"-Anstalt; Gleich bei seiner Einlieferung wurde er von Wärtern, die er als "Schlägertypen" kennzeichnete, ohne Grund geschlagen. Dann brachte man ihn in einen schmutzigen und seit längerer Zeit ungelüfteten "Gemeinschaftssaal" und band ihn dort auf einem Bett fest. Kaum zehn Minuten später wurde ein Rauschgiftsüchtiger eingeliefert, der sich in tiefem Delirium befand. Die Wärter schnallten auch ihn auf eines der Betten und kümmerten sich dann nicht mehr um ihn. Nicht einmal, als er sich in immer noch bewußtlosen Zustand übergeben mußte, erschien jemand, um das Bett zu säubern. Er gelangte nicht mehr zu Bewußtsein und starb gegen zwei Uhr nachts; wahrscheinlich war er an seinen eigenen Ausscheidungen erstickt. Ein Arzt erschien auch jetzt nicht, und erst um 10 Uhr vormittags bemerkte ein Wärter seinen Tod. Er wickelte ihn in eine Decke und trug ihn hinaus; der Saal wurde anschließend nicht gelüftet.

Z. wurde noch einige Zeit in Brauweiler festgehalten; daß er die Anstalt überhaupt wieder verlassen durfte, verdankt er ausschließlich der gesellschaftlichen Lage seiner Eltern: sein Vater ein angesehener Arzt, konnte mit größter Mühe seine Entlassung erreichen. Alle Beschwerdebriefe, die Z. und sein Vater an die Anstaltsleitung und an die zuständigen Behörden richteten, wurden abgewiesen. Als man die Anstalt lange Zeit später einer Untersuchungskommission öffnete, waren die Verantwortlichen natürlich längst informiert und hatten alle unmittelbar auffallenden Mißstände beseitigt.

KEIN EINZELFALL

Was Z. passiert ist, ist kein Einzelfall. Im Gegenteil:das Meiste, was Leute, die

durch die Bedingungen, in denen sie leben, psychisch krank geworden sind, in diesen Anstalten an Unterdrükkung und Unmenschlichkeit ertragen müssen, wird wohl für immer im Dunkeln bleiben.
Doch an den wenigen Fällen, die bekannt werden, zeigt sich deutlich, daß unsere sogenannten Heilanstalten, von einigen großbürgerlichen Luxus-Nervenkliniken abgesehen, deren Besuch sich nur eine reiche Minderheit leistenkann, nicht dazu dienen, Menschen zu heilen, sondern aus schließlich dazu, Leute die sich nicht "normal" verhalten, von den "gesunden Elementen" der Gesellschaft fernzuhalten und in ihrem Selbstbewußtsein zu brechen, weil eine größere Menge unangepaßter Menschen den Weiterbestand des herrschenden Systems gefährden könne ■

INTRIGENSPIEL IN DER GEWERKSCHAFT

DER FORD-STREIK ZEIGT NACHWIRKUNGEN

Um das Intrigenspiel, daß momentan um den Ersten Bevollmächtigten der IG Metall in Köln Günther Tolusch geführt wird, besser beleuchten zu können, ist man gezwungen noch einmal auf den Fordstreik Anfang September 1973 einzugehen.

Nach dem Streik wurden rund 300 Arbeiter gefeuert. Wieviele von sich aus gekündigt haben als Streikfolge bleibt im Dunkeln. Unter den Gekündigten befand sich der 20 Jahre alte Johannes R. Ihm wurde von der Fordgeschäftsleitung Teilnahme am Streik vorgeworfen; u.a. soll er ein Schild mit der Forderung "1 DM mehr für alle" während den Demonstrationen getragen haben. Gegen die Kündigung legte Johannes R. Beschwerde ein. Er begründete dies mit dem Hinweis, er sei im Juli vergangenen Jahres, fast vier Wochen vor dem spontanen Streik, zum Jugend-Vertrauensmann gewählt worden. Eine Schlichtung vor der Industrie- und Handelskammer scheiterte . Hier tritt Wilfried Kuckelkorn, Leiter des Vertrauensleutekörpers der Ford-Werke in Erscheinung. W. Kuckelkorn, kurz Kucki genannt, erklärt an Eides Statt, daß Johannes R. nie Vertrauensmann gewesen sei.

Kuckis Kooperation

W. Kuckelkorn, ihm seien hier ein paar Worte gewidmet, hat sich bei dem Ford-Streik als Gewerkschafter hervorragend bewährt. Er hat ebenso wie der Betriebsratsvorsitzende und SPD Stadtratsmitglied Lück



MACHTGIER *als wahres Motiv Wilfried Kuckelkorn*

"in hervorragendem körperlichem Einsatz" mit Polizei und Werkschutz den Ford-Streik zerschlagen. Außerdem brüstet sich Arbeiterverräter "Kucki", insgesamt sechs Filme, 120 Bilder und noch weitere Filme mit Teilnehmern des Streiks zu besitzen. Selbst "hohe" Gewerkschaftler meinen dazu:" Ein Vertrauens-

leute-Chef, der in einem Streik nichts anderes tut als fotografieren zu lassen. Für wen macht der das, wenn nicht für die Firma?" Obwohl Kuckelkorn hätte wissen müssen, daß Johannes R. als Vertrauensmann gewählt worden war, erklärt er das Gegenteil. Problematisch wird der Fall Johannes R. durch eine Bestimmung der IG-Metall, die für Vertrauensleute eine Gewerkschaftszugehörigkeit von einem Jahr verlangt. Dies trifft allerdings für R. nciht zu. Auf der anderen Seite wurden jedoch, wie aus Gewerkschaftskreisen zu hören war, Arbeiter erst nach ihrer Wahl zum Vertrauensmann Gewerkschaftsmitglieder.

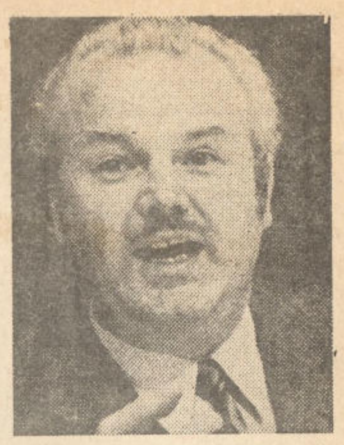
Tolusch

Um nun gerichtlich beweisen zu lassen, daß "Kucki" lügt, ging J.R. zu Günther Tolusch und bat um die Liste der Vertrauensleute. Tolusch, seit 10. Febr. 1971 Sprecher der Kölner IGM, überließ J.R. die Kopie eines Briefes vom 24. Juli 73, in dem die IGM mitteilt, daß der junge Mann zum Vertrauensmann gewählt worden sei.

Nun beginnt es extrem kompliziert zu werden. Johannes R., dem auch noch Mitgliedschaft in der KPD/ML vorgeworfen wir (seit 16. April 73 ist es Mitgliedern der IG-Metall verboten, Organisationen anzugehören, die "gewerkschaftsfeindliche Ziele" vertreten), strengt ein Verfahren wegen eidlicher Falschaussage gegen Kuckelkorn an. Dieses Verfahren ist, wie der "Kölner Stadt-Anzeiger" vom 18.1.74 mitteilt, eingestellt worden, da die Aussage formal richtig ist. Johannes R.war nicht ein Jahr Gewerkschaftsmitglied, also kann er kein Vertrauensmann sein und genießt auch keinen Kündigungsschutz.

Machthungrig

Eigentlich könnte hier der Bericht enden, gäbe es nicht skrupellose und machthungrige Typen vom Schlage Kuckelkorns. Als die Fotokopie des Schreibens in einem Flugblatt der "Kommunistischen Arbeiterpresse" erscheint und ermittelt werden kann, daß Tolusch diese weitergegeben hat, sieht Arbeiterverräter "Kucki" seine große Stunde gekommen. Er wirft Tolusch, auf dessen Posten er schon länger ein Auge geworfen hat, Unterstützung einer gewerkschaftsfeindlichen Organisation vor. Gleichzeitig sieht "Kucki" seine Chance gekommen, von seiner ruhmreichen Karriere während des Ford-Streiks abzulenken. In der Gewerkschaft selbst läßt sich eine Trennung in zwei Fraktionen absehen. Einige, wenn auch sehr wenige, würden genau wie Kuckelkorn Günther Tolusch gerne abschießen. Der Großteil jedoch und mit ihm die Gewerkschaftsbasis stehen hinter Tolusch. Nun mögen die Sympathien in diesem Fall bei Tolusch liegen, vergessen darf man jedoch nicht, daß auch er gegen "Kucki" intrigiert hat und ihn gerne loswerden möchte. Daran kann man sehen, daß es im Grunde nicht um die Unterstützung einer gewerkschaftsfeindlichen Organisation geht, sondern daß unsere "Arbeitervertreter" dies nur zum Anlaß nehmen, um dem anderen zu schaden und dessen Posten zu ergattern.



ZU GUTE KONTAKTE *mit Kommunisten? Günter Tolusch*



Fortsetzung von Seite 4

Selbstorganisieren

Was aber können wir Gewerkschaftsmitglieder und Nichtmitglieder daraus lernen? Genau wie in den Parteien und in "unserem"Staat geht es nicht um sachliche Auseinandersetzung, sondern um eine noch größere Machtposition. Jeder versucht jeden von seinem Posten zu verdrängen. Wer heute noch Kollege am Arbeitsplatz ist, der schaut uns morgen als Betriebsratsmitglied nicht einmal mehr mit seinem Hintern an. Deshalb ist es auch wichtig, daß wir uns selbst organisieren, daß wir die Entstehung autoritärer Strukturen in diesen Selbstorganisationen verhindern. Selbstorganisieren heißt, miteinander diskutieren, gemeinsam beschließen und zusammen das Beschlossene durchsetzen. Erst wenn wir dies erreicht haben, brauchen wir nicht mehr über solche Vorfälle zu berichten.

ABENDESSEN WICHTIGER

STADTVERORDNETE VERSETZEN DIE BÜRGER

Am 9. Januar tagte der Arbeitskreis für Jugendarbeit in Nippes. Drei Stadtverordnete waren eingeladen worden um über das geplante Bürgerzentrum in Nippes zu informieren.

Das Bürgerzentrum wird von den Parteien zum Wahlschlager hochgepäppelt und dazu benutzt, die Nippeser über den Abriß ihrer Wohnungen und die Verschandelung ihres Stadtteils durch Kauf- und Parkhäuser hinwegzutrösten oder, genauer gesagt, es wird benutzt, um den Bürgern Sand in die Augen zu streuen.

Für jeden etwas

Im neuen Bürgerzentrum soll viel geboten werden. Vom Kindergarten über ein Jugendheim und Sportplätze bis hin zum Altersheim. Für jeden sozusagen etwas. Schon seit 1972 wird viel darüber geredet und im Hebst dieses Jahres soll schon mit dem Bau begonnen werden, dennoch ist nichts über genaue Pläne zu erfahren.

Um diesem Mißstand abzuhelfen, lud der Arbeitskreis für Jugendarbeit in Nippes am 9. Januar die Stadtverordneten Nießen (SPD), Pfleghar (SPD) und Elfgen (CDU) ein, die genauere Auskünfte geben sollten. Alle drei hatten den Termin zugesagt und so waren dann an dem Abend ungefähr dreißig Leute versammelt und warteten auf ihre "Volksvertreter". Doch leider vergebens. Nur ein Vertreter der SPD, Herr Curpiers, war gekommen. Er erklärte, Nießen sei leider in Frankfurt auf einer Arbeiterversammlung und komme daher später, er selbst könne jedoch auch einige Informationen geben. Und

Fortsetzung von S. 5

so begann er mit einem Referat.

Ablenkungs manöver

Nachdem er ein paar allgemeine Bemerkungen über das Bürgerzentrum gemacht hatte, z.B. daß eine Bürgerinitiative an der Vorfeldplanung beteiligt sei und daß nichts genaues feststehe, erging er sich in Zahlen über die Bevölkerungsstruktur von Nippes, über Kindergärten und sonstiges und versuchte also klar zu machen, daß in Nippes alles viel besser sei als anderswo. So versuchte er vom eigentlichen Thema, dem Bürgerzentrum, abzulenken.

Als danach gefragt wurde, erklärt er nochmals, daß noch keine Pläne vorhanden seien; und das obwohl schon im Herbst mit dem Bau begonnen werden soll?!

Über die merkwürdige "Bürgerinitiative" des Kölner Nordens, die angeblich an der Planung beteiligt sein soll, konnte er auch keine genaue Auskunft geben. Weder eine Kontaktadresse noch Treffpunkt noch wer daran beteiligt sein soll, war zu erfahren. Es ist also anzunehmen, daß diese Bürgerinitiative ein Hirngespinst der SPD ist und so demokratische Beteiligung der Bürger an der Stadtplanung vorgetäuscht werden soll.

Allgemeines blabla

Der SPD-Vertreter konnte also nur allgemeines blabla über das Bürgerzentrum erzählen. Als er nicht mehr weiter wußte, verbreitete er noch einige Lügen über die Nippeser Bürgerinitiative WINK und machte dann den Vorschlag das Thema Bürgerzentrum doch erstmal "intern ohne die Öffentlichkeit" durchzusprechen. Das hätte ihm gut gepaßt das übliche Klüngelspielchen ganz "intern" durchzuziehen, aber er kam mit seinem Vorschlag nicht durch.

Die drei Stadtverordneten Nießen, Pfleghar und Elfgen hielten es



Links der "Nippeser Bürgermeister" Mathias Nießen, rechts der französische Militärattache de Labrosse - und der Mann in der Mitte? Hans Buse, heute Kölner Bürger, vor einigen Jahren aber noch Korporal der Fremdenlegion. Er und andere Exlegionäre trafen sich im Brauhaus Sion, um Wiedersehen zu feiern - und um den Geist der Legion zu pflegen. Zivilisten, die immer noch zur Fahne stehen. (Bild u. Text: Rundschau)

erst gar nicht für nötig überhaupt bei der Versammlung zu erscheinen. Obwohl sie alle zugesagt hatten, kam keiner. Wie sich noch am Abend heraústellte, saß Herr Elfgen (CDU) zur Zeit der Sitzung beim Abendessen und erklärte, er habe den Termin zwar zugesagt, sei aber nicht gekommen, da Pfleghar und Nießen ihm gesagt hätten, daß sie nicht erscheinen würden. Pfleghar sei in Ostasien auf einer Studienreise und Nießen sei nicht in Frankfurt, sondern man habe ihn noch vorhin im Rathaus gesehen. Elfgen erklärte weiter, er werde sich mit seinem Abendessen nun beeilen und doch noch kom men. Wir warteten allerdings vergeblich.

Söldner wichtiger

Am darauffolgenden Samstag war in der "Kölner Rundschau" zu lesen, daß Nießen sich vor einigen Tagen mit Veteranen der Fremdenlegion getroffen habe, die in Algerien und Indochina die schlimmsten Massaker angerichtet hatten.

Unseren "Volksvertretern" sind offenbar ein gutes Essen und ein Fest mit Söldnern wichtiger als die Bürger, für deren Interessen sie sich angeblich immer so intensiv einsetzen.

Rote Hilfe - Schwarzkreuz
SPENDET FÜR DIE GENOSSEN
IM KNAST !!

Konto Nr. 249670-504
Postscheckamt Köln
Sonderkonto Ralph Aurand

Pfleghars Reaktion

Udo Pfleghar reagierte auf die Beschwerden des Arbeitskreises mit einem Brief folgenden Inhalts:

sehr erstaunt war ich als mir Ihr Schreiben vom 9. 1. 74 zugestellt wurde. Ich bin ja aus dieser Ecke in Nippes einiges gewohnt, aber was hier von Ihnen unterstellt wird, ist schlicht unbegreiflich.

Ahnungslos?

Denn
1. habe ich für einen Termin zu einer Aussprache mit einem Arbeitskreis für Nippes von keiner Seite werder eine schriftliche noch eine mündliche Einladung erhalten,
2. Auch im Rathaus lag nichts vor, ich wußte also von nichts,
3. wenn ich keine Einladung bekomme, kann ich logischerweise auch nicht zusagen.

Drohung

Ich möchte annehmen, daß es sich um einen Kommunikationsfehler Ihrerseits handelt, denn sonst würde ich mir weitere Schritte vorbehalten. Grundsätzlich bin ich mit interessierten Bürger zu sprechen bereit, aber es erfordert doch zumindestens das Einhalten allgemingültiger Regeln, daß man vorerst einen Termin im beiderseitigen Einverständnis vereinbart, bevor man mit spektakulären Briefen an die Öffentlichkeit tritt. Ich möchte nicht annehmen, daß es sich kierbei um 'Rude-Kappes-Methoden' handelt. Mit diesen Kreis nämlich sehe ich keine Möglichkeit für gemeinsame Gespräche bis die Staatsanwaltschaft und ein ordentliches Gericht weitere Verfahren, wie es in einem Rechtsstaat üblich ist, zu Ende gebracht haben.

Udo Pfleghar scheint das schlechte Gewissen zu plagen. Um wenigstens sich selbst zu beruhigen schrieb er diesen Brief. Wohl nach den uralten Wahlspruch 'Angriff ist die beste Form der Verteidigung!'



Friedensnobelpreis für Legionäre

Da berichtet die "Kölnische Rundschau" am 12.Januar von einem Treffen ehemaliger Fremdenlegionäre. Ein französischer Obermilitarist und SPD-Größen waren auch zugegen. Alles Männer in den besten Jahren,Familienväter,ehrbar,korrekt, verantwortungsbewußt. Und trotzdem hatten die Legionäre einen seltsamen Komplex.Sie sollen, so hört man,bei der Bevölkerung nicht so gut angesehen sein.Darunter leiden sie natürlich. Um dieser "verfemten Minderheit" das Rückgrat zu stärken,haben sich offenbar französische Militärs und Diplomaten,deutsche Sozialdemokraten und die Rundschau zusammengetan.

"DAS SIND ALLES SEHR NETTE LEUTE,IN DEREN TIEFER SCHULD WIR STEHEN.WIR MÜSSEN IHNEN DANKBAR SEIN," meint der franz. Generalkonsul.
"FREUNDSCHAFT-DAS IST GERADE UNTER DEN MILITÄRS WICHTIG," meint der SPD-Stadtverordnete Nießen.

KRIMINELLE?

Trotzdem,das ungute Gefühl bleibt.Ein Leginär,der,wie die Rundschau berichtet,besonders harmlos und ehrbar und außerdem 13o Kilo schwer ist,äußert seine Bedenken:"WEIL ÜBER UNS GREUELMÄRCHEN ERZÄHLT WERDEN UND WIR ALS KRIMINELLE ABGESTEMPELT SIND." Dabei sind alle diese Männer aus überaus verständlichen Gründen der Legion beigetreten,die gerade wir Deutschen verstehen sollten:"WIR SIND ABENTEURER,DIE ETWAS ERLEBEN WOLLTEN."-"KAMERADSCHAFT UND DISZIPLIN DORT SUCHEN IHRESGLEICHEN."-"ANGST HABE ICH NIE GEKANNT."-"HIER LERNT MAN MENSCHENKENNTNIS UND SELBSTÄNDIGKEIT." Außerdem konnte man damals in der BRD schlecht Arbeit finden, wenn man ein aufrechter Mann war:"ICH KANN DEN LEUTEN EBEN NICHT IN DEN HINTERN KRIECHEN." "ICH LASSE MICH DOCH NICHT UNTERKRIEGEN."

Das alles rührt natürlich ans Herz auch der deutschen Sozialdemokratie.So werden nun die Jahre in der Legion auf die Altersrente hier in Deutschland angerechnet.So sollen in Zukunft jährlich solche Treffen "Zum Zeichen der internationalen Freundschaft"stattfinden. Dieser Name für das Treffen ist übrigens sehr gut gewählt,waren doch die Legionäre die ersten Vorkämpfer für ein vereinigtes Europa:"IMMERHIN SIND WIR DOCH DIE ERSTEN,DIE BEWIESEN HABEN,DASS MAN DUTZENDE NATIONEN UNTER EINEN HUT BEKOMMT.WIR VERSTEHEN UNS ALS EUROPÄISCHE, NICHT ALS DEUTSCHE SOLDATEN.ZUDEM FESTIGEN WIR DIE INTERNATIONALE FREUNDSCHAFT." Deshalb sollen demnächst auch noch mehr Ehrengäste geladen werden.Wenn das nicht das Image der Legionäre aufpolieren hilft,hat Heinz,der Heinzel noch eine Klasse-Idee.Wie wär's,wenn die SPD ihre Beziehungen spielen läßt und die Legionäre für den nächsten Friedensnobelpreis vorschlagen läßt?

LÜGEN MÄRCHEN

Wenn sich dann immer noch diese zähen Gerüchte über die Fremdenlegion in der Bevölkerung halten sollten,diese Gerüchte,die behaupten,die Legionäre hätten im Dienste des französischen Kolonialismus und Imperialismus in Indochina und Afrika auf brutalste und grausamste Weise die Völker unterdrückt,zehntausende ermordet,Frauen geschändet und Kinder verstümmelt;wenn sich also diese Lügenmärchen weiter halten sollten, dann weiß Heinz,der Heinzel auch keinen Rat mehr.Dann kann man eigentlich nur noch auf die SPD hoffen.Schließlich wurde sie einmal von einer ähnlichen Unterstellung verfolgt und hat es geschafft, die Erinnerung daran auszulöschen.So wurde doch früher dreist behauptet,die Älteren von uns erinnern sich viel-

leicht noch ganz schwach daran, der SPD-Minister Noske habe die Revolution der Arbeiter und Soldaten im Januar 1919 mit Polizei und "regierungstreuem" Militär brutal niedermetzeln lassen. Obwohl, so wurde weiter behauptet, die Arbeiter und Soldaten genau das gemacht hatten, was die SPD damals angeblich immer gewollt hatte, nämlich die soziale Revolution.

Nun, dieser Unsinn ist zum Glück vergessen und heute weiß jedermann, daß die SPD nach wie vor die Partei ist, die die Interessen des Volkes vertritt. Würden sich sonst soviele Bürger bei Wahlkämpfen für die SPD einsetzen ?????????????

schwule gemeinsam sind stark

Köln hat viele Schwule. Sicherlich. Und auch noch viel mehr, als der einzelne Schwule glaubt. Um mit Ihnen in Verbindung zu kommen, hat er nicht allzu viele Möglichkeiten: Das Sicherste scheint ihm daher immer noch die Subkultur. Das heißt Bars, das heißt aber auch Toiletten und Parks. Jeder, der über kurz oder lang die Subkultur frequentierte und nicht gerade auf Anhieb befriedigende Partnerschaft fand, bzw. wenigstens berechtigte Hoffnung auf derlei behielt, kann sich einer gewissen Frustration bis hin zu dumpfer Verzweiflung nicht erwehren.

Klingende Kasse

Zum einen Beziehungslosigkeit und fehlende "innere Anteilnahme" bei den oft wahllosen, fast ausschließlich aber anonymen Kontakten auf Toiletten oder in nächtlichen Anlagebüschen; zum anderen die Situation in den Pinten: angeführt von Kölns jüngst zum liberalen Liebesnest avancierten "Pimpernel" - in Wirklichkeit aber nur eine poppige Bude, deren Portier-Type Gesichtskontrollen zu pflegen beliebt. So erfahren bei einer unlängst durchgeführten Flugblattaktion der Homosexuellen-Aktion-Köln, so sicherlich erfahren von vielen Mädchen, die Einlaß begehrten, aber in den Augen des Türstehers das Prädikat "lesbisch" nur unzureichend erfüllten - und also nicht hineinkamen. Mit den anderen Pinten ist es nicht anders. Einmal davon abgesehen, was sich der schwule Besucher von ihnen verspricht, noch mehr davon abgesehen, was sie dann halten - für den Wirt zählt letztlich die klingende Münze und daher ergeht der lokalverweisende Verweis so oft an denjenigen, der halt nur jemand fürs Bett oder ein bißchen mehr sucht:"Hier ist keine Bahnhofshalle. Aufwärmen kannst du dich woanders!" Und wer nicht mit der Zeit geht, geht mit der Zeit: Wer also seine überteuerte Cola nicht trinken will, bleibt nicht lange König Kunde.

Das sagt nichts gegen alle Pinten in Bausch und Bogen, es lassen sich vielleicht Ausnahmen finden - aber man sollte eine Aufzählung der Subkulturmankos nicht mit der Floskel wegzuwischen suchen, daß sich über Geschmack bekanntlich nicht streiten lasse; sondern da sollte jeder Schwule streitbar genug mit sich selbst sein, ob er wirklich wunschlos glücklich ist , in den Pinten speziell, in der Subkultur im allgemeinen, mit seinem Leben (als Schwuler) schlechthin. Und wenn er sich dann achselzuckend gesteht:" Wer ist schon ganz glücklich?!", dann geht er mit der Ruhe bei der Betrachtung seiner eigenen Zerstörung schon einen

Fortsetzung S. 11

FILM IM HEINZELHAUS

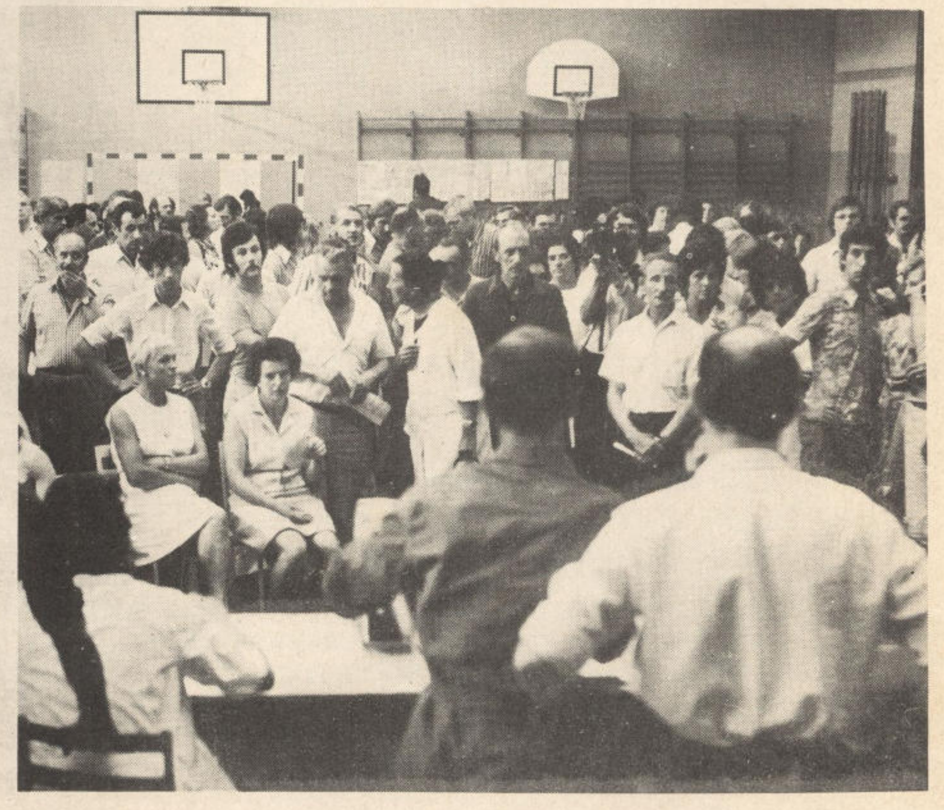
LIP FÜR ALLE ALLE FÜR LIP

Am 18. und 19. Jan. fand im Heinzelhaus eine Filmveranstaltung zu den Vorgängen bei LIP statt. LIP ist eine franz. Uhrenfabrik, die, als sie geschlossen werden sollte, von den Arbeitern besetzt und in Selbstverwaltung weitergeführt wurde.
An den beiden Tagen waren etwa 12o Leute im Heinzelhaus. Wir diskutierten miteinander über Möglichkeiten des Arbeitskampfes und der Selbstverwaltung, sammelten 170,40 DM und Unterschriften zur Unterstützung der LIP-Arbeiter und gründeten einen Arbeitskreis, der weitere Veranstaltungen zum Thema Selbstverwaltung vorbereiten wird.
Als nächstes ist ein Film über die Glasfabrik Süßmuth in Immenhausen bei Kassel geplant. Dort haben die Arbeiter die Firma übernommen, als der Konkurs erklärt werden sollte. Es war behauptet worden, die Firma sei unrentabel und nicht mehr zu halten. In Wirklichkeit ist sie von ihrem Besitzer kaputtgewirtschaftet worden. Die Arbeiter haben es in wenigen Jahren geschafft, den Betrieb wieder flott zu machen.

Wir wollen uns in dem Arbeitskreis mit den Ereignissen genauer auseinandersetzen und Material organisieren, um eine Veranstaltung dazu zu machen. Wer mitmachen möchte, kann Donnerstags um 20.00 Uhr ins Heinzelhaus, Moltkestr. 27 kommen.



Eine Delegation der Kölner Heinzelmenschen übergibt die Unterschriftenliste, das gesammelte Geld sowie Flugblätter, die in Köln verteilt worden waren.



LIP-Arbeiter bei einer Betriebsversammlung in der Turnhalle von Besancon.

Fortsetzung von S.9

Schritt zu weit – obgleich dieser Schritt der denkbar kleinste ist. Denn eines jeden persönliche Antwort auf die Frage nach seinem Lebensglück könnte auch lauten:"Es geht mir schlicht beschissen!" Und dann?

HAK

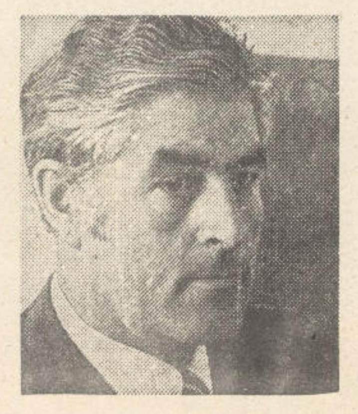
In der "Homosexuellen Aktion Köln" (H.A.K) treffen sich einmal in der Woche – dies ist kein obligatorisches Mindestmaß! – Kölner Schwule und versuchen eben diese Fragen zu erörtern. Dabei geht es um eine Integration des Phänomens "verfolgte und diffamierte Homosexualität" in den Bereich "unterdrückte Sexualität überhaupt" und darüber hinaus versuchen wir diese Zusammenhänge zwischen diesem großen Phänomen, oder besser zwischen der Tatsache, daß sexualität unterdrückt wird und der Gesellschaft, in der dies geschehen kann und geschieht, herzustellen. Wen dieser politische Anspruch erschreckt oder wem er lächerlich erscheint, der sollte sich einmal fragen, ob er sich wirklich so sicher in seinem Wissen über das "psychische Elend" fast aller Schwulen ist und ob es nicht wirklich politische Zusammenhänge gibt, eben jene "große Scheiße", in der wir alle, nicht nur die Schwulen stecken. Und ob dieser Zusammenhang oder Mechanismus wirklich samt und sonders Ewigkeitswert verdient und wirklich nicht zu ändern ist – und zwar mit Solidarität! Junge und ältere Schwule, macht euch nichts vor, eure beschissene Verfassung wird gebraucht, damit u. a. dieses System funktionieren kann; dieses System, das euch das Diktat aufsetzt, in welchen ganz spezifischen Rollen ihr zu leben habt. Ihr sollt ergiebig funktionieren in der Maschinerie, die letztlich – oder ist das schon kalter Kaffee und Phrasendrescherei?- Profit produziert; daß ihr unter anderen Unfreiheiten auch oder gerade sexuell unfrei zu sein habt, ist bei dieser Produktion Grundbedingung. Ihr müßt euch täglich anstrengen, denen den Rücken zu stärken, die euch eigentlich im Dreck halten.
Vermutlich altbekannte Tatsachen. Bleibt zu hoffen, daß wenigstens die schwulen Leser nicht sich nicht-angesprochen fühlen! Denn darum geht es – uns nur wieder kurz (zugegebenermaßen oberflächlich argumentierend, den ganzen Komplex nur sehr grob skizzierend) ins Gedächtnis der ja immer noch echt Betroffenen zu rufen. Es gibt uns nocht, wir arbeiten weiter! Und Zuwchs wäre uns sehr sehr lieb! Denn nur gemeinsam sind wir alle stark, steckt den Kopf und mehr nicht in die Subkultur: kommt raus und lernt euch zu akzeptieren! Kommt endlich raus und macht euch selber stärker. Kampf unserer Diskriminierung! Kampf aller Unterdrückung der Sexualität.



Kontaktadresse:
HOMOSEXUELLE AKTION KÖLN
c/o P.M. Odenthal
5 Köln 1
Engelbertstr. 9
Tel.: 23 27 66

geprügelter kripo-chef

Wie aus zuverläßigen Polizeiquellen zu erfahren war, hat Kripochef Hamacher bei dem Knüppeleinsatz am Samstag, den 1. Dez. 1973 von seinen eigenen Leuten eins verpaßt bekommen. Der Polizeipräsident und Hamacher versuchen allerdings dies beharrlich herabzuspielen.



Um "unsere" freiheitlich-demokratische Grundordnung zu garantieren, muß jeder Bürger zu Opfern bereit sein, die er selbst vielleicht noch nicht einmal einsieht. Es ist natürlich klar, daß der einfache Mensch den großen Überblick nicht haben kann und deshalb muß es halt auch Institutionen geben, die dafür sorgen, daß er einen Überblick auch nie bekommt.
Leider ist man schon mal gezwungen von den Bürgern Opfer zu verlangen. So ist es auch einmal nicht zu verhindern, daß unschuldige Menschen dabei zusammengeschlagen werden, wenn es gilt die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu bewahren.
Solange die freiheitlich-demokratische Grundordnung nicht verletzt wird, ist auch dies möglich. So wird schon mal ein Krieg im Namen irgeneiner freiheitlich-

Fortsetzung von S. 11
demokratischen Grundordnung geführt. Nun ja, hauptsache das Prinzip stimmt. Was machen schon ein paar Millionen Tote, wenn die freiheitlich-demokratische Grundordnung nicht in Frage gestellt wird.
Ebenso macht es wenig, wenn Kripochef Hamacher eins vor seinen Schädel bekommt, dies kann schon mal bei der Wahrung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung geschehen. "Wo gehobelt wird fallen Späne", sagt der Volksmund. Leider ist kaum zu glauben, was in einem anderen Sprichwort ausgedrückt wird: "Leichte Schläge auf den Hinterkopf erhöhen das Denkvermögen!"



Fahrräder gesucht
Tel. 23 27 66

Tonband zu verkaufen
Sharp-Tonbandgerät
2 x 4 Watt Stereo
45o,-- DM Preis
Tel. 71 53 61

Fahräder gesucht
Tel. 319772

Bildmaterial aus dem spanischen Bürgerkrieg gesucht
Arbeitskreis 'Selbstverwaltung'
Heinzelhaus,
Tel. 24 82 22

Elektrische Schreibmaschine billigst gesucht!
Heinzelpress-Redaktion
Tel. 24 82 22

BÜCHER

Über Arbeiterselbstverwaltung sind im

Karin Kramer Verlag
1 Berlin 44
Postfach 1o6

folgende Bücher erschienen:

Arbeiterselbstverwaltung - Räte - Syndikalismus		
Barwich-Gerlach-Lehning-Rocker-Rüdiger		96 S./5,-- DM
Arbeiterselbstverwaltung in Spanien 1936-39		18o S./8,-- DM
Spanische Revolution	Geral Brenan	11o S./5,-- DM

Bestellungen über den Verlag oder über Heinzel-Redaktion


ausschneiden und einsenden

Bestellschein

Hiermit bestelle ich die nächsten 1o Nummern der HEINZELPRESS zu 2oPf. + 30 Pf Porto
DM 5,-- habe ich auf das Postscheckkonto

Hans-Peter Meyer
Nr. 216528 - 502

überwiesen.
Name:
Ort:
Straße:
Unterschrift:
Bestellung an: HEINZELPRESS 5 Köln 1
Moltkestraße 27

IMPRESSUM

HEINZELPRESS-VERLAG
5 Köln 1
Moltkestr. 27
Tel. 24 82 22

Postscheckkonto Köln
Hans - Peter Meyer
Nr. 216528 - 5o2

Presserechtlich verantwortlich:
Heinzelpress
Redaktionskollektiv
Hans-Ulrich Dillmann
5 K 1, Moltkestr. 27

Druck: HEINZELPRESS

Kölner Bürgerinitiativen informieren



Sonderblatt



Februar 1974 KÖLN GEHÖRT UNS ! Preis 1o Pfennig

Bürgerkrieg in Frankfurt ?

Am Donnerstag, den 2o.2. haben Spezialeinheiten der Polizei die Bewohner von vier seit 1971 besetzten Häusern - Familien ausländischer Arbeiter und Studenten - um vier Uhr morgens auf die Straße gesetzt. Der Grund: Spekulanten haben die Häuser aufgekauft, um an ihre Stelle ein 28geschossiges Bürohochhaus zu setzen. Natürlich haben die Bewohner die Wohnungen nicht freiwillig zum Abriß freigegeben. Die Räumung war erst möglich, nachdem die Polizei über Wochen hin Nacht für Nacht vor den Häusern vorfuhr, sie mit Lampen anleuchtete und die Bewohner über Lautsprecher anbrüllte: Gleich holen wir euch raus! - ohne daß geräumt wurde. Durch diese Taktik wurden die Bewohner mürbe gemacht. Das gilt nicht etwa als Gewalt, sondern wird von der Polizei in Presseerklärungen auch noch als Verdienst hingestellt.

Der größte Teil der Presse hat die Polizeidarstellungen übernommen. So ist der Öffentlichkeit fast ausschließlich über die Stürmung, die Zerstörung der Häuser und die nachfolgenden Demonstrationen berichtet worden. Über die Gründe: Geldinteressen von Spekulanten und Banken auf dem freien Wohnungsmarkt, die Unfähigkeit der Stadt, den Wohnungslosen zu ihrem Recht zu verhelfen, die Übergriffe der Polizei oder das Absterben ganzer Stadtviertel (aus dem Westend sind in den letzten 2o Jahren über 2o ooo Einwohner vertrieben) wird nicht informiert.

So wie sich die Presse vorwiegend mit den Folgen der sozialen Auseinandersetzungen beschäftigt, so tun es auch die 'Verantwortlichen'. Sie werden auf die Folgen reagieren und nicht die Ursachen angehen. Nicht daß sie jetzt verstärkt billige Sozialwohnungen anstelle von Büropalästen bauen lassen oder die Spekulation verhindern und verbieten. Nein, stattdessen soll das Demonstrationsrecht der Betroffenen eingeschränkt werden und man denkt sogar daran, den Bundesgrenzschutz für die Schlichtung sozialer Konflikte heranzuziehen.

Deshalb halten Kölner Bürgerinitiativen es für notwendig, über die bisher verschwiegenen Hintergründe der Frankfurter Häuseraktionen zu informieren, aber auch einiges über deren Verlauf richtigzustellen, was bisher mehr aus der Sicht der Banken, Makler und Spekulanten dargestellt wurde als aus der Sicht der betroffenen Bewohner.

●●●●●●●●●●●●●●●●

Wir können mit diesem Sonderblatt noch nicht alle Stadtteile und jede Straße erreichen. Helfen Sie mit und bringen Sie es auch Ihren Nachbarn und Bekannten! 1oo Stück für DM 2.5o bei Tel. 7 121606

Verantwortlich und Druck: Betrieb, Köln Merkenicher Str. 99

●●●●●●●●●●●●●●●●

Nachrichten gibt es...

Am Samstag abend konnte man in den Nachrichten hören, daß in Frankfurt eine Gruppe Jugendlicher, die gegen das polizeiliche Häuserabreißen demonstrieren wollte, verhaftet worden sei.

Der Sprecher nannte diese Jugendlichen 'Politrocker' und erwähnte, daß man bei ihnen 'feststehende Messer' und zwei Pistolen gefunden hätte. Dann berichtete er von einer Polizeidurchsuchung am selben Tag in einem Studentenheim, bei der einige Dutzend Bewohner verhaftet wurden. Hier fand man ebenfalls 'feststehende Messer', 'Benzin' und 'Flaschen, die zur Herstellung von Molotowcoctails verwendet werden können'. (so wörtlich im 1. und 2. Programm!)

Der Sprecher sagte nicht, daß ein Küchenmesser schon ein 'feststehendes Messer' ist, er sprach nicht davon, daß es in jedem zweiten Haushalt Benzin gibt und wohl in jedem leere Flaschen; er erwähnte allerdings ziemlich zum Schluß, daß die Pistolen, die man den Jugendlichen weggenommen hatte, beide zum Schießen nicht zu gebrauchen seien. Warum hat er das alles eigentlich erzählt am Samstag Abend?

Warum Hausbesetzungen?

Die Bewohner der jetzt zerstörten Häuser haben ihre Wohnungen nicht aus Bosheit oder zum Vergnügen besetzt, sondern weil es besser ist, in ein leerstehendes Haus zu ziehen als auf der Straße zu stehen! Wie schwierig es für die Familien mit mehreren Kindern, für ausländische Arbeiter oder auch für Studenten ist, in einer Großstadt eine annehmbare Wohnung zu finden, werden Sie selbst wissen. Das hat seinen Grund. Immer wieder werden gerade in den Städten guterhaltene Häuser abgerissen, um Platz zu schaffen für teure Luxus- und Repräsentationsbauten - obwohl zum Beispiel allein in Frankfurt über 15 ooo teure Luxuswohnungen leerstehen, andererseits aber Tausende billigere Altbauwohnungen suchen.

Das kommt, weil man bei uns in Häusern nicht nur wohnen, sondern mit ihnen auch Geschäfte machen kann: damit spekulieren. Das tun die 'Besitzer' Bubis, Singer und Landschaft; sie haben die Häuser von der Polizei nicht räumen lassen, weil sie etwa selbst drin wohnen, sondern daraus möglichst viel Kapital schlagen wollen.

Wie sind die Spekulanten an ihre Häuser gekommen?

Nicht, daß sie die Häuser selbst gebaut oder dafür gearbeitet hätten! Sie haben von verschiedenen Banken Darlehen aufgenommen, damit die Häuser aufgekauft und zerstört und lassen jetzt ein Hochhaus hinstellen, durch dessen Horrormieten die Zinsen und Kredite bald doppelt wieder rauskommen sollen. Die Bewohner aber werden im Zuge einer solchen Aktion in die Betongettos der Vorstädte abgeschoben.

Die Folgen sind:

- Doppelt so teure Wohnungen, die man nur wegen ihres luxuriösen Preises Luxuswohnungen nennt,
- doppelt so lange Anfahrtswege zum Arbeitsplatz, die Nerven und Zeit kosten, die einem aber keiner bezahlt,
- längere Schulwege für die Kinder und damit höhere Unfallgefahr,
- Isolation besonders bei älteren Leuten, die es schwer haben, sich einen neuen Bekanntenkreis zu suchen und die dann auf vieles verzichten müssen, was früher in unmittelbarer Nähe war: zum Beispiel das Cafe oder Kino. Ein Zeichen für die Situation in den Neubaugebieten ist die Selbstmordrate: in der Betonstadt Frankfurt-Nordwest gibt es die höchste Selbstmordrate von ganz Hessen!

Das alles nehmen die Bewohner des Westends nicht einfach hin. Sie sagen: Wir sind doch keine Maschinen, die tagsüber funktionieren und die man abends irgendwo abstellen kann. So sind die etwa 8o Mieter des Blocks trotz der Kündigungen nicht freiwillig ausgezogen. 6ooo Leute aus dem Viertel haben sich mit Unterschriften solidarisiert, so daß die Stadt sogar für einige Zeit die Baugenehmigung fürs Hochhaus zurückzog.

Nach der jetzt gelaufenen Polizeiaktion haben die Bürger einmal mehr erfahren, daß das Recht zum Schutz der normalen Leute nur auf dem Papier steht. Praktisch werden die Gesetze gegen Zweckentfremdung von Wohnraum oder für Umweltschutz nicht angewandt, sondern nur die Gesetze zum Schutz des Kapitals: Spekulanten bekommen Abrißgenehmigungen und Kredite, dazu werden Tausende von Polizisten eingesetzt, um die Geldinteressen einer kleinen, aber radikalen Minderheit von Spekulanten auf Kosten der Bevölkerung zu garantieren. Nicht grundlegende Bedürfnisse eines ganzen Stadtteils, sondern die privaten Interessen von Spekulanten bestimmen die Stadtplanung.

Urteilen Sie selbst: Was ist hier kriminell?
Häuser zu verteidigen, die man zum Leben dringend braucht oder Bewohner aus Häusern ausräumen zu lassen, Wohnraum zu zerstören und dann noch mit Krediten, die andere Leute erspart haben, Protzbauten hinzusetzen, die niemandem von uns dienen?



Frankfurt: Ecke Bockenheimer Landstraße/Schumannstraße
Mittwoch Nachmittag am 2o. Februar 1974



Frankfurt: Ecke Bockenheimer Landstraße/Schumannstraße
Donnerstag Nachmittag am 21. Februar 1974



Frankfurt: Ecke Bockenheimer Landstraße/Schumannstraße in drei bis vier Jahren (Modell)

Frankfurt in Köln

Frankfurt und seine Verhältnisse gibt es überall in der Bundesrepublik, auch in Köln beispielsweise. In Frankfurt sind die Dinge nur am weitesten fortgeschritten, weil diese Stadt als Zentrum des Banken- und Handelskapitals die aufwendigsten Repräsentations- und Geschäftshäuser braucht, wie sie jetzt anstelle der Wohnungen errichtet werden. Aber auch bei uns wird sich diese Entwicklung verstärken, solange wir uns alles gefallen lassen.

In Köln zum Beispiel

Nippes

Seit Oktober 1972 gibt es in Nippes die Interessengemeinschaft 6648, die sich durch öffentliche Aktionen gegen den geplanten Bau eines Großparkhauses für 685 Autos wehrt. Der Bau des Großparkhaus wäre der erste Schritt dazu, "Nippes attraktiver zu machen", attraktiver für die Kaufhauskonzerne, Banken und Spekulanten.

Für ein viergeschossiges Großparkhaus sollen in Nippes 11 Häuser abgerissen und 42 Familien umgesiedelt werden. Dies soll gegen den Willen und die Interessen der Bewohner geschehen. Die Mehrheit arbeitet in Nippes, hat hier nachbarschaftliche Beziehungen, besonders die Kontakte zu den ausländischen Familien sind sicher beispielhaft. Dazu kommen die nahen Schulen und die guten Einkaufsmöglichkeiten.

Nachdem der Stadtrat trotz zahlreicher Eingaben der Bewohner den Plan mit der Nummer 6648 beschlossen hatte, machten die Betroffenen mehrere Versammlungen und verhandelten mit Planungsamt und Parteien. Die Parteien waren zwar auch der Ansicht, daß das Parkhaus nicht im Interesse der Nippeser Bevölkerung ist, im Endeffekt stellte sich aber heraus, daß die Ratsvertreter nicht einmal die eigene Partei zu einer Änderung des Plans bewegen konnten.

Da hat sich klar gezeigt, daß die Stadt nicht für die Bürger plant, sondern für die Interessen der Konzerne, Banken und Versicherungen! Das heißt im Fall Nippes: für den Kaufhof. Denn seit 1o Jahren versucht der Kaufhof, Häuser aufzukaufen. Bisher hat er 11 Wohnhäuser für seinen schon bestehenden Parkplatz abgerissen. Doch das reicht ihm nicht. Durch den beschlossenen Bebauungsplan ist der Kaufhof in der Lage, seine Verkaufsfläche um 1oo % zu vergrößern.

Würde der Parkhausplan verwirklicht, müßten bald auch für die Zufahrtswege weitere Häuser abgerissen werden. Andere Kaufhauskonzerne versuchen ebenfalls, in Nippes Wohnhäuser aufzukaufen. Die Interessengemeinschaft 6648 wehrt sich gegen die Zerstörung des Viertels und gegen die Vertreibung in die Satellitenstädte. Sie sagen: "Wir wolle in Nippes wohnen und leben." Obwohl der Plan rechtskräftig ist, geben wir nicht auf: Keiner der Mieter ist bereit, auszuziehen, keiner der Eigentümer ist bereit, sein Haus zu verkaufen. Nippes gehört uns!

Interessengemeinschaft 6648
HG Richter, Nippes, Nelkenstr. 19, Tel 723761

In Köln zum Beispiel

Werderstraße

Die Bürgerinitiative Werderstraße hat sich spontan gebildet, als der letzte Baum an dieser Straße von der Gothaer-Versicherungs AG gefällt wurde, um einem Büroriesen Platz zu machen. So wie Gerling das Friesenviertel zum Teil zugerichtet hat, droht jetzt auch das Viertel jenseits des Kaiser Wilhelm Rings zu veröden. An die Stelle von Grünflächen haben die Versicherungen siebenstöckige Bürokasernen gesetzt, zahlreiche Wohnhäuser werden von den Versicherungen aufgekauft, stehen dann leer und werden nach einigen Jahren abgerissen. Um sich vor möglichen Hausbesetzungen zu schützen, sind sie bis zu den Dachbalken mit Gardinen und Topfpflanzen getarnt oder man hat die Hauseingänge und Fenster der ersten Stockwerke zugemauert. Hinter den Fassaden spielt sich so einiges ab: zum Teil dienen die Wohnungen als Lagerraum, zum Teil werden Schadenschnelldienste hier einquartiert. Den Rest der Häuser läßt man zielbewußt verslumen. Die Bewohner werden aus ihrer Umgebung vertrieben und enden ohne Kontaktmöglichkeiten in den Satellitenstädten, die heute schon von Wissenschaftlern in menschlicher Hinsicht als Fehlkonstruktion bezeichnet werden.

Bürgerinitiative Werderstraße
Walter Papst, 5 Köln 1,
Werderstraße 23 Tel. 513793

Zweckentfremdung von Wohnraum melden

Immer häufiger werden in Köln die Fälle, wo für Spekulationszwecke Altbauten aufgekauft und dann leerstehen gelassen werden. Seit 1972 gibt es einen Runderlaß vom Innenministerium, der es bei Androhung einer Geldstrafe untersagt, Wohnraum zu anderen als Wohnzwecken zu benutzen. So ist es beispielsweise verboten, Wohnraum als Lagerraum zu nutzen oder leerstehen zu lassen. Die Kölner Bürgerinitiativen werden allen Hinweisen der Bürger über Zweckentfremdung nachgehen und der Stadt weitergeben, da die Verwaltung es bisher stets versäumt hat, diesem Runderlaß wirklich zu entsprechen. Es ist sogar schon vorgekommen, daß die Stadt eine solche Zweckentfremdung ausdrücklich - natürlich gegen eine lächerliche Verwaltungsgebühr - genehmigt hat.

In Köln zum Beispiel

Severinsviertel

Die Stadt hat versprochen, die Bürger in dem zum Untersuchungsgebiet erklärten Severinsviertel über die Sanierungsmaßnahmen zu informieren. Nichts ist geschehen bisher! Deshalb haben sich Vertreter verschiedener Parteien, Gruppen, einzelne Bürger und die Bürgerinitiative Südliche Altstadt (BISA) zu einer Interessengemeinschaft Sanierung Severinsviertel zusammengeschlossen, um selbst initiativ zu werden.

Wie notwendig das ist, zeigt allen die Tatsache, daß trotz des Verbots, Wohnraum zu vernichten oder in Gewerberaum umzuwandeln, in unserem Viertel immer mehr Häuser leerstehen oder bereits abgerissen werden. Die Interessengemeinschaft hat eine Liste aufgestellt, wonach zur Zeit 18 Häuser ganz oder teilweise leerstehen. Auch die Stadt Köln gehört zu den Eigentümern. Nur durch einen schon seit langem geforderten Abbruchstopp und Wiedervermietung kann verhindert werden, daß hier Bürohochhäuser, teure Eigentumsetagen und Appartements entstehen, und damit wieder Bewohner aus unserem Viertel vertrieben werden.
Severinsviertel- Frankfurter Westend? Wir müssen es gemeinsam verhindern! Es wird höchste Zeit. Arbeiten Sie mit! Die Interessengemeinschaft Sanierung Severinsviertel trifft sich in der Gaststätte 'Schmitze Lang', Severinsstraße. Den nächsten Termin können Sie erfragen bei:

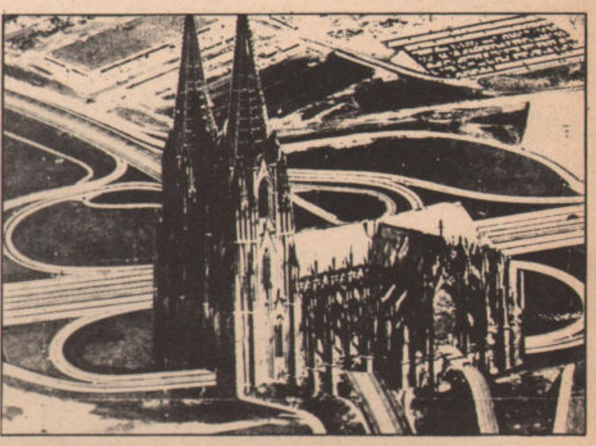
BISA - Bürgerinitiative südliche Altstadt eV, Ubierring 61a
Tel 316925

In Köln zum Beispiel

Rotam

Seit Juli/August 1973 haben etwa 5o Mieter in den Häusern der Rotam GmbH in Nippes und in der Innenstadt ihre Miete selbst auf eine vergleichbare ortsübliche Miete von DM 2,7o pro Quadratmeter gesenkt. Sie wehrten sich damit gegen die fast doppelt so hohen Mieten in den Altbauten, die Peter Roeser, der Rotam Besitzer, systematisch verkommen läßt. Die Mieter haben sich in einem Mieter-Komitee zusammengeschlossen, um gemeinsam ihre Forderungen durchzusetzen:

Alle Mieten runter auf 2,7o DM! Weg mit den fristlosen Kündigungen! Die Renovierungszuschüsse zurück, für die Hausbesitzer Roeser nichts gemacht hat! Schon ein halbes Jahr halten die Rotam-Mieter ihren Streik durch. Zur Zeit versucht der Herr Roeser durch Drohungen mit fristloser Kündigung gegen 1o Mieter die Front der Streikenden aufzubrechen. Aber die Mieter halten zusammen, durch ihre Unterschrift haben sich weitere 5o mit den Betroffenen solidarisiert.



●●●●●●●●●●●●●●●●

Köln Frankfurt undsoweiter Bürgerinitiativen wehren sich!

Sie sehen, viele Betroffene und Interessierte haben sich bereits zusammengeschlossen, um Eingriffe gegen ihre Interessen in ihren unmittelbaren Lebensbereich abzuwehren. An vielen Stellen wird deutlich, daß der von uns gewählte und von unseren Steuergeldern unterhaltene Stadtrat die Interessen der Bürger nicht vertritt. Er ist abhängig von den Unternehmern und Konzernen und reizt sie zu zahlreichen Investitionen, da er scharf ist auf ihre Gewerbesteuern; diese bestimmen dann die Politik des Stadtrats.

Und wenn man sich dagegen zu wehren beginnt, und nicht nur wie ein Bittsteller vor dem hohen Herrn Stadtrat auftritt, und wenn man Widerstand leistet, dann wird es hart und brutal.

Wie in Frankfurt. Wer hat denn da eigentlich angefangen? Die Mieter, die friedlich in ihren Häusern wohnten, oder die Spekulanten, die sie ihnen unterm Arsch abrissen? Wer hat angegriffen, die Polizei morgens um halb vier oder die Bewohner? Was ist denn das anderes, Mietverweigerung und-kürzung, wie bei Rotam in Köln oder Besetzung und Nichtbefolgen einer Zwangsräumung in Frankfurt, was ist denn das anders als ein Streik, den wir alle von der Arbeit kennen, um seine eigenen Interessen endlich einmal durchzusetzen. Man muß aber mal anfangen!

Das kann jedem passieren

In einer Stadt, in einer Straße, die wie viele andere Straßen ist, wohnen viele Leute. Die Väter gehen arbeiten, die Kinder sind in der Schule oder im Kindergarten und die Mütter versorgen den Haushalt oder gehen auch arbeiten. Die Leute haben verschiedene Berufe, sie sind beschäftigt als Architekt, Sekretärin, Gasmann, Polizist oder Baggerführer.

Eines Tages sitzt der Architekt in seinem Büro und er soll ein hohes Haus entwerfen mit vielen Büroräumen und teuren Appartments. Da fällt ihm auf, daß das Haus für die Straße geplant ist, in der er selbst mit den anderen Familien wohnt. Für das Bürohochhaus müßten viele andere Häuser abgerissen werden.

Zur gleichen Zeit schreibt die Sekretärin Kündigungsbriefe und merkt, daß die Kündigungen für alle Familien bestimmt sind, die in ihrer Straße wohnen.

Am Abend erzählen sie es den Nachbarn, daß sie alle raus sollen aus den Wohnungen. Die Leute sind aufgebracht und stehen im Treppenhaus herum. "Darf der denn einfach unsere Wohnungen einreißen?" - "Ja klar, das ist doch sein Eigentum." "Aber wir wohnen doch hier schon so lange, haben unsere gute Nachbarschaft hier und die Kinder gehen um die Ecke in die Schule". "Das interessiert den doch gar nicht, der will nur Geld machen." So geht es hin und her. Einige setzen sich zusammen und schreiben einen Brief. Daß sich alle morgen abend treffen, in der Wirtschaft unten an der Ecke, die auch weg soll.

Am nächsten Abend wird abgemacht, daß alle der Kündigung widersprechen und keiner auszieht. Denn jeder denkt sich: gemeinsam sind wir stärker!

Einige Wochen vergehen, da kommt der Gasmann, der bei der Stadt beschäftigt ist, schon um 1o Uhr vormittags nach



Hause. Seine Frau ist erstaunt, was er jetzt schon hier will. Er setzt sich erschöpft hin und es kommt raus, daß er die Gasleitung abdrehen soll, die die Straße mit Gas für Heizung und Küche versorgt. Damit will man die Bewohner zwingen, auszuziehen.

Zur selben Zeit bekommt der Polizist die Nachricht, daß er morgens früh um vier Uhr eingesetzt werden soll, und zwar in der Häuserzeile, in der er und seine Nachbarn wohnen.

Und schließlich erfährt auch der Baggerführer, daß die Baustelle gewechselt wird. Ab morgen werden Häuser abgerissen.

Das alles passiert täglich bei uns in der Bundesrepublik. Natürlich nicht alles in derselben Straße. Der Architekt plant nicht die Häuser seines Viertels, die Kündigungsbriefe für die Sekretärin schreibt eine andere Sekretärin, der Gasmann dreht anderen das Gas ab, der Polizist räumt woanders Wohnungen und der Baggerführer reißt nicht seine eigene Wohnung ein, sondern die von fremden Leuten.

Die Geschichte geht jedoch weiter: Also, die Leute sind nicht ausgezogen, die überhöhten Mieten haben sie nicht bezahlt, sondern sie haben angefangen zu überlegen, was sie mit ihrer Arbeit bewirken, wem sie schadet, wem sie nützt. Und wenn sie gemerkt haben, daß es anderen schadet, dann haben sie die Arbeit nicht pünktlich gemacht, oder nicht so ganz richtig mit kleinen Fehlern, oder sie waren an dem Tag einfach krank.

Das alles macht einen ja auch ganz krank.